

# Deutsche Zustände

## *Das entsicherte Jahrzehnt*

### Presseinformation

zur Präsentation der Langzeituntersuchung  
*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Montag, 12.12.2011, 11.00 – 12.30 Uhr

Tagungszentrum im Hause der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40,  
10117 Berlin

Inhalt	Seite
1. Das Langzeitprojekt	1
2. Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	2
3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt	2
4. Die Entwicklung des Syndroms	7
5. Gewaltbereitschaft in unterschiedlichen Altersgruppen	9
6. Wie demokratisch ist die Zivilgesellschaft? Rechtspopulistische Orientierungen und politisches Verhalten	11
7. Zusammenhalt und Vielfalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	14
8. Ein vorläufiges Fazit	17
9. Details: Indikatoren zur Erfassung und Prozentwerte der Zustimmung	18

**Die Bände 1-10 „Deutsche Zustände“ sind im Suhrkamp-Verlag erschienen**

Kontakt:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Tel. 0521-106 3164; [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de))

Sekretariat: Ulrike Rogat (Tel. 0521-106 3162; [ulrike.rogat@uni-bielefeld.de](mailto:ulrike.rogat@uni-bielefeld.de))

# 1. Das Langzeitprojekt

Die Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland untersucht seit 2002 mit 10jähriger Laufzeit die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen. Es geht um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen. Wir gehen davon aus, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bilden, in dessen Zentrum eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* steht. Dies konnten wir empirisch nachweisen.

Das Projekt ist das weltweit das größte Vorurteilsprojekt, sowohl durch die 10-Jährige Laufzeit als auch aufgrund der differenzierten Berücksichtigung verschiedener Vorurteile und ihrer Ursachen. Seit 2002 findet jährlich eine telefonische Befragung einer repräsentativen Auswahl der deutschen Bevölkerung statt. Im Mai/Juni 2011 wurden 2000 Personen befragt.

In der 10. Folge des jährlichen Reportes „Deutsche Zustände“ werden einerseits Zeitverläufe der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter Berücksichtigung politischer Einstellungen und sozialer Lagen untersucht. Andererseits werden aktuelle Problemlagen und Mechanismen fokussiert, die mit Abwertung und Diskriminierung von schwachen Gruppen im Zusammenhang stehen.

Welches sind die stärksten Erklärungsfaktoren für Vorurteile über die zehn Jahre? Welche politischen Verhaltensintentionen haben Personen mit rechtspopulistischem Einstellungsprofil? Wie wirkt sich hohe Jugendarbeitslosigkeit auf individuelle Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit aus? Welche Ambivalenzen verbergen sich hinter der Forderung nach sozialem Zusammenhalt?

Gefördert wird die Studie von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mit Beteiligung der Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung. Zu den Kooperationspartnern gehört auch der Suhrkamp-Verlag.



Suhrkamp Verlag

FREUDENBERG  
STIFTUNG



Stifterverband

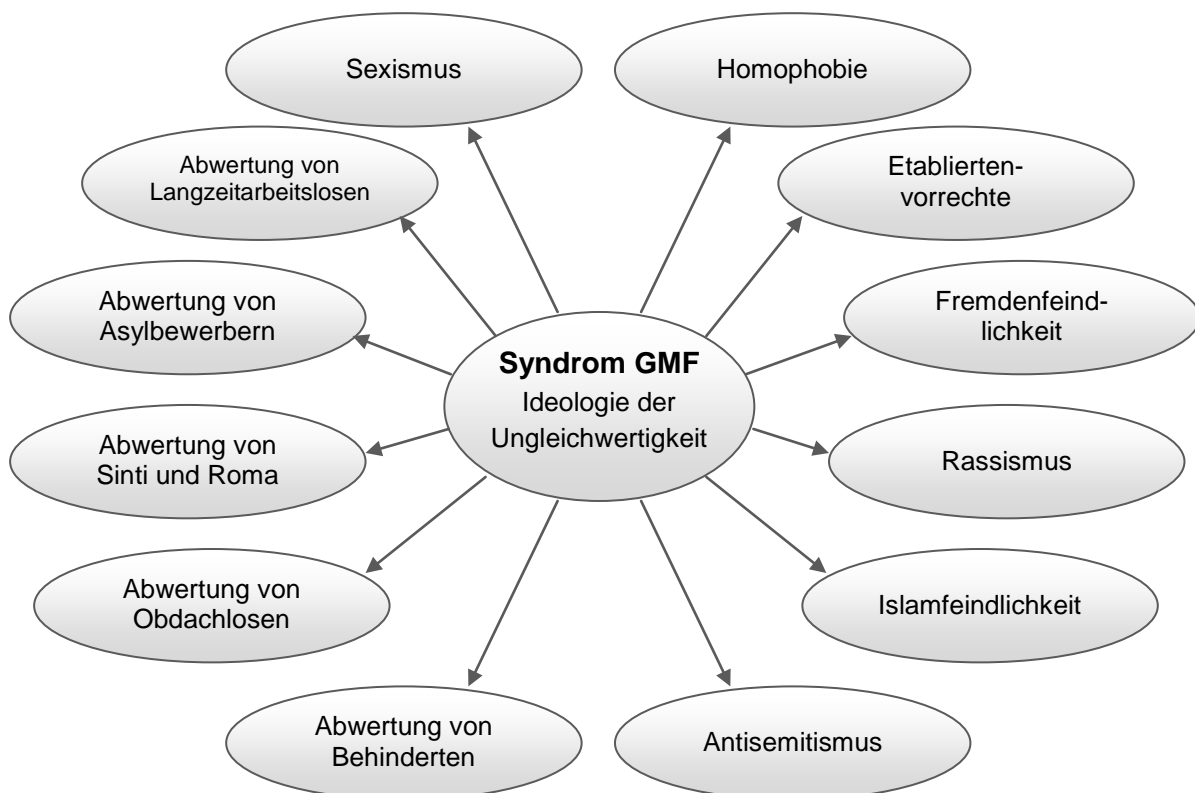
für die Deutsche Wissenschaft

Marga und Kurt  
Möllgaard-Stiftung

## 2. Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)

Das Forschungsprojekt geht der Frage nach, wie Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen in dieser Gesellschaft von der Mehrheit wahrgenommen werden und mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind. Vorurteile gegenüber diesen unterschiedlichen Adressatengruppen teilen einen gemeinsamen Kern, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt. Im Erhebungsjahr 2011 haben wir 12 Elemente eines solchen Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (Abb. 1) berücksichtigt.

Abb. 1: Elemente des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*



## 3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entscherten Jahrzehnt

Es ist nicht einfach eine Bilanz zu ziehen über eine ganze Dekade, die man auch als *entschertes Jahrzehnt* bezeichnen kann.

Da sind *Signalereignisse* zu nennen wie der 11. September 2001 mit seinen Folgen für die Islamfeindlichkeit (Abb. 2), dann die Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 mit den Auswirkungen auf die Desintegrationsängste in verschiedenen Sozialgruppen (Abb. 3) und da sind die verschiedenen Krisen seit 2008, also Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und jetzt Schuldenkrisen mit ihren jeweiligen Auswirkungen (Abb. 4).

Abb 2: Verlauf islamfeindliche Aussagen in Prozent, 2003 – 2011

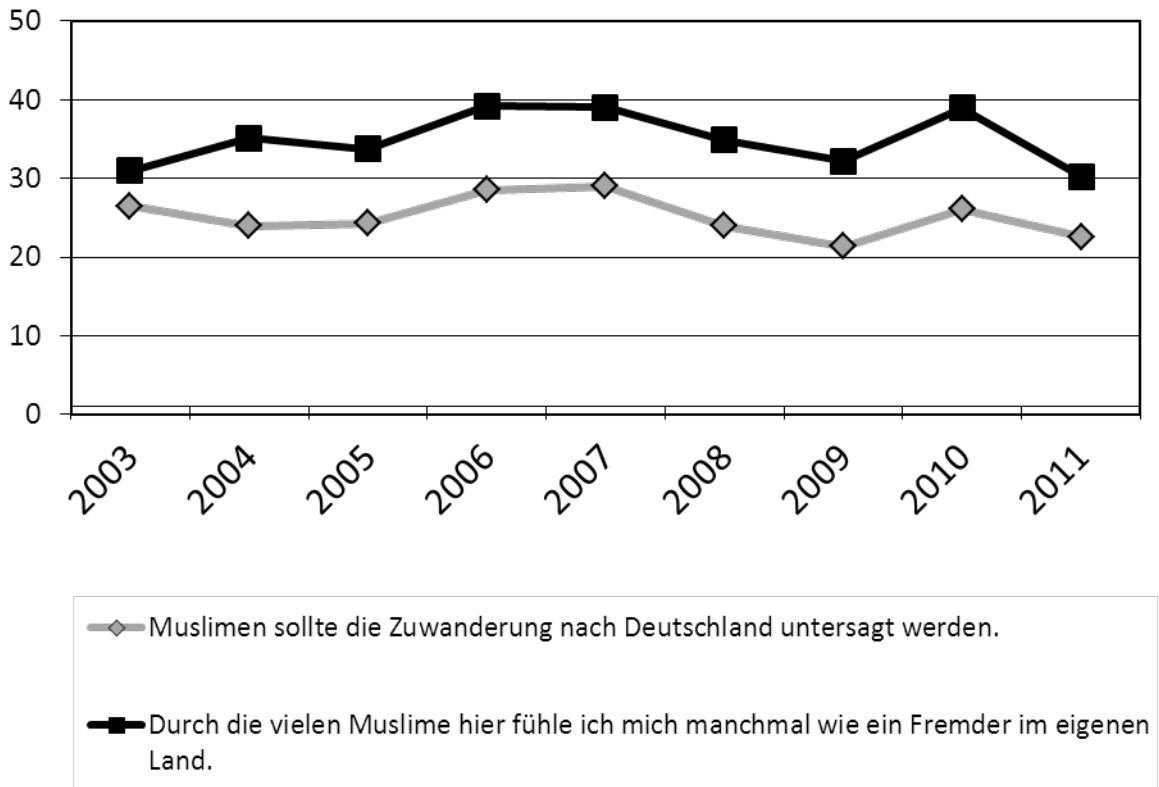
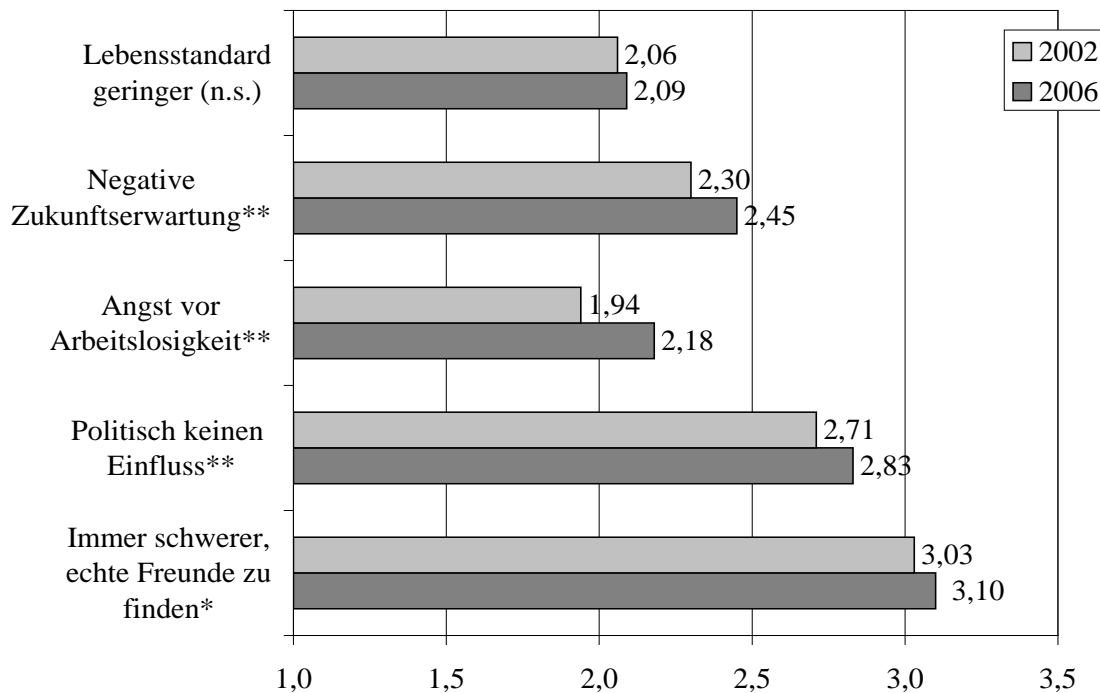


Abb. 3: Desintegrationswahrnehmungen (2002 und 2006)

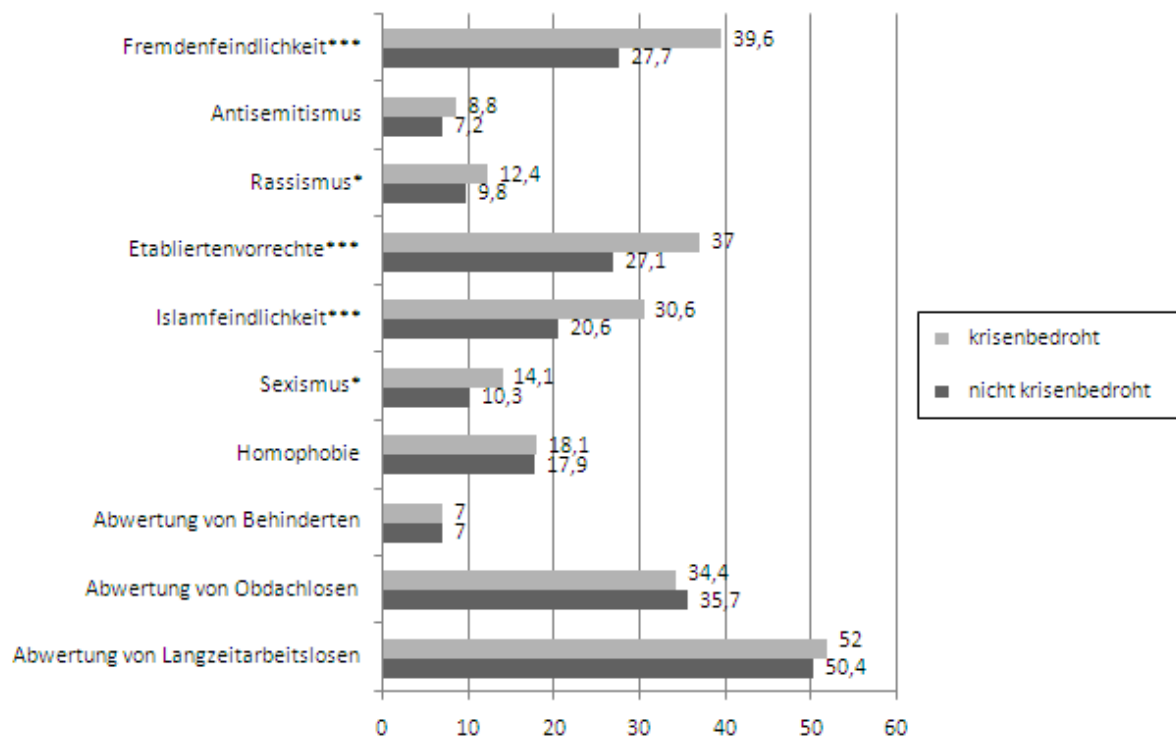
Mittelwerte von 1 - 4; ungewichtete Daten



\*\*= hoch signifikante Unterschiede zwischen den Jahren;  $p < .001$

\*= signifikante Unterschiede zwischen den Jahren;  $p < .05$

Abb. 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Krisenbedrohung (2011)



In diesem Zeitraum ergeben sich sehr differenzierte Verläufe von Einzelelementen des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, die mit den Signalereignissen im Zusammenhang stehen.

Daneben ist auf *schleichende Prozesse* hinzuweisen wie die Ausmaße von Orientierungslosigkeit und Zusammenhänge mit GMF (Abb. 5), den *ökonomistischen* Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen, die unter das Verdikt geraten, nicht nützlich, effizient und keine verwertbare Leistung zu erbringen. (Abb. 6)

Abb. 5: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Orientierungslosigkeit (2011)

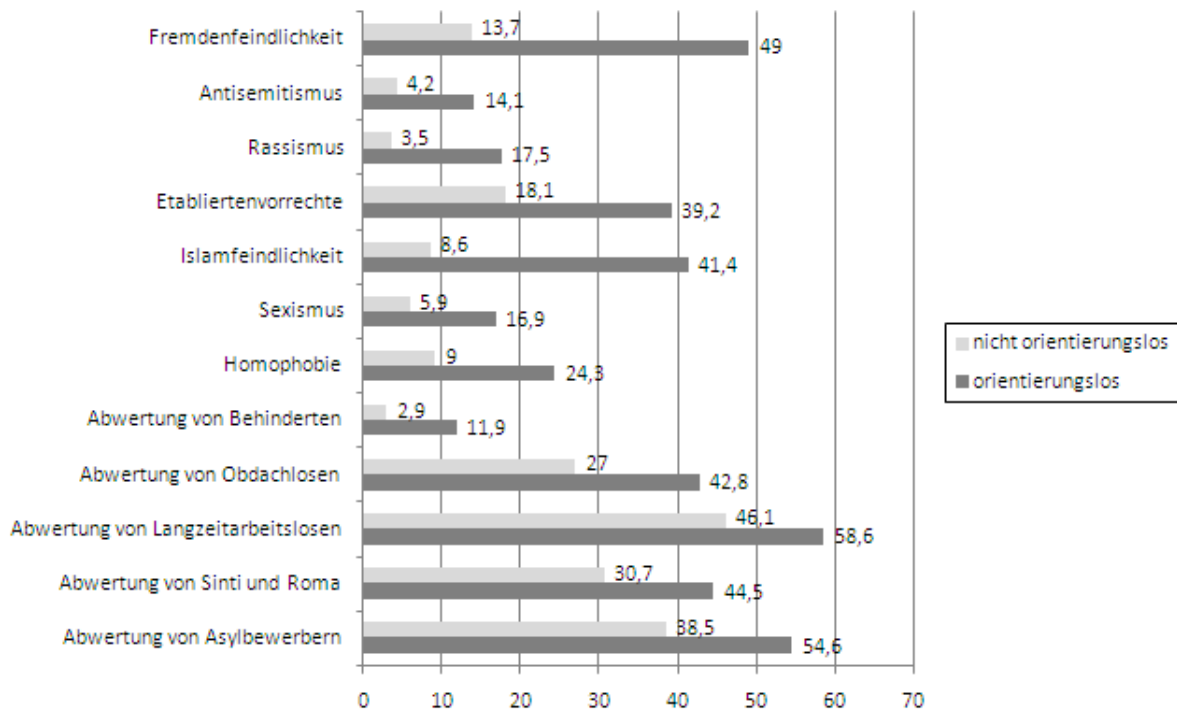
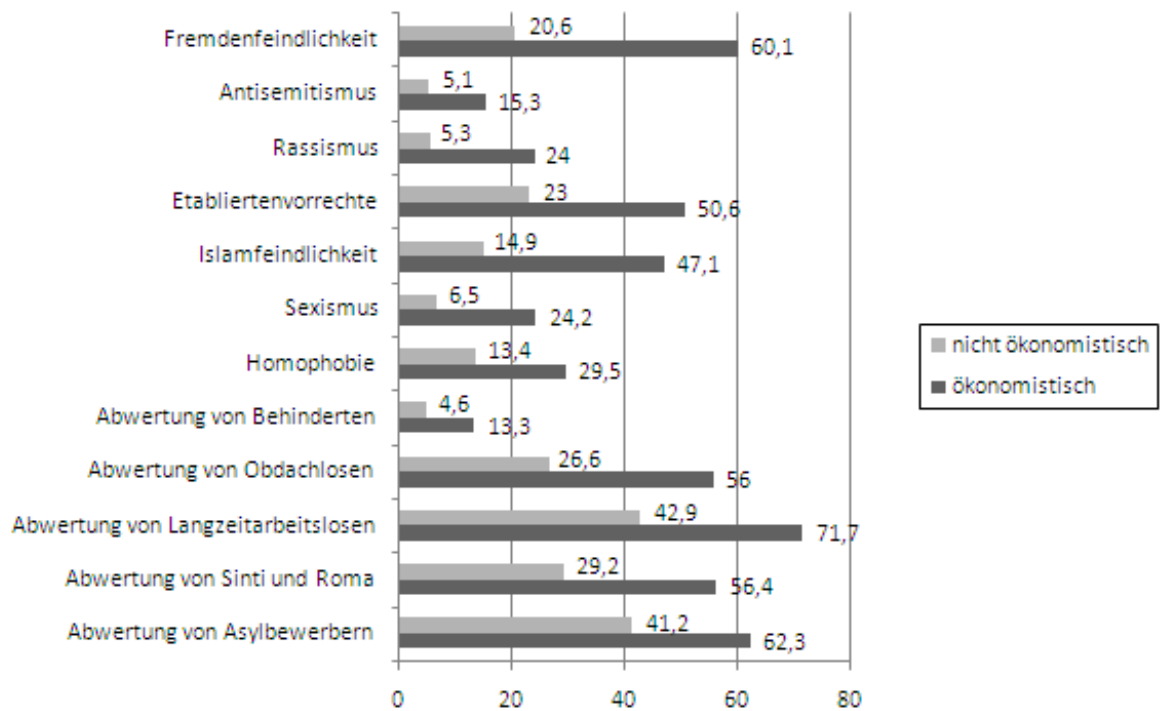
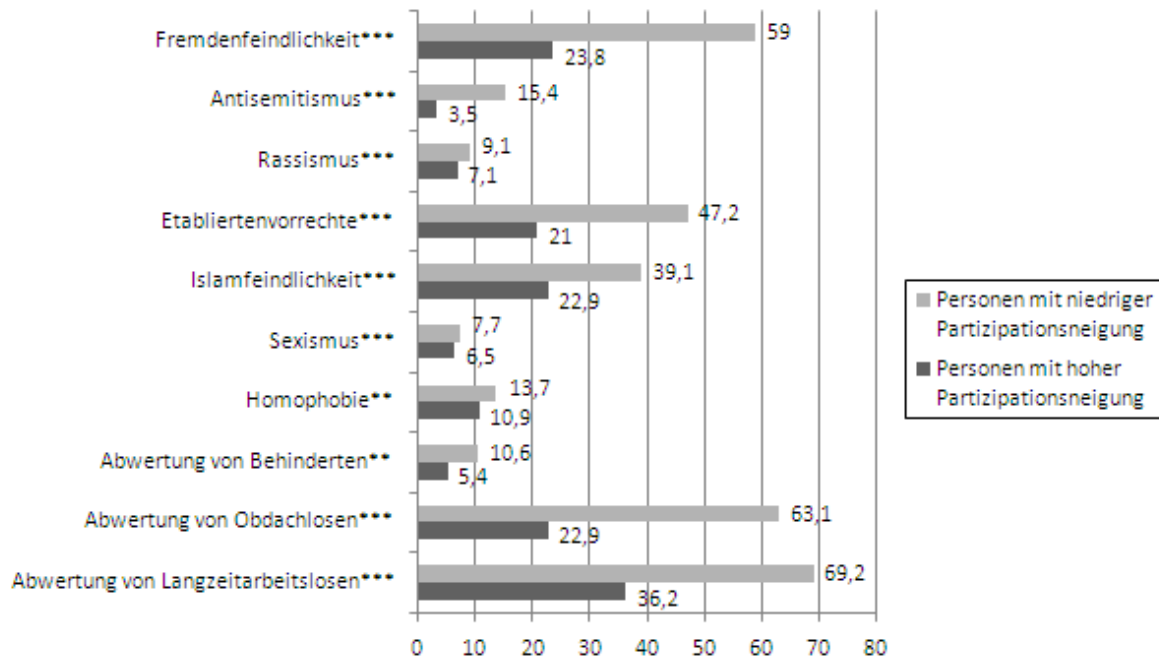


Abb. 6: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ökonomistische Einstellungen (2011)



Und die *Demokratieentleerung* ist zu betonen, dass die Wahrnehmung eigener Machtlosigkeit zu einer Entfremdung vom demokratischen System durch verweigerter Partizipation beiträgt, ebenfalls mit negativen Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Abb. 7).

Abb. 7: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Partizipation (2011)



Während die *Signalereignisse* und ihre Folgen zumindest auf die öffentliche Agenda gelangen, bleiben die *schleichenden Prozesse* zumeist unthematisiert und erfahren dadurch eine verdeckte und damit gefährliche *Normalisierung*.

## 4. Die Entwicklung des Syndroms

Gegen welche Gruppen steigen die Ressentiments, wo nehmen sie ab.

### Zur Methode und Darstellung:

Jedes Element der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde mit zwei oder drei Aussagen erfasst. Dies gewährleistet eine zuverlässige Messung jedes Elements. Signifikante Veränderungen beobachten wir anhand von *Mittelwerten* dieser Einzelindikatoren. Dies bietet ein verlässlicheres Bild als der Blick auf Einzelindikatoren. Die Mittelwerte rangieren von 1 bis 4, d. h., je höher die Werte ausgeprägt sind, desto höher sind auch die feindseligen Mentalitäten. Im Anhang finden sich weitere Abbildungen über die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen, die zur Erfassung eines Elements verwendeten wurden. Angegeben ist dort jeweils der *Prozentsatz* von Befragten, die einer Aussage zugestimmt haben.

- a) **Wieder ansteigend: Rassismus** und die **Abwertung von Obdachlosen** sind nach einer bis dato leicht rückläufigen Entwicklung in der deutschen Bevölkerung von 2010 auf 2011 signifikant angestiegen. Bei der **Abwertung von Langzeitarbeitslosen** setzt sich der ansteigende Trend seit 2009 in diesem Jahr signifikant fort. Ein ebenfalls ansteigender Trend lässt sich aktuell bei der **Fremdenfeindlichkeit** und bei der **Abwertung von Behinderten** beobachten, wobei hier das Niveau immer noch niedriger ist als in der jeweiligen Ersterhebung des Vorurteils in 2002 bzw. 2005. Die Ansicht: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ ist in diesem Jahr um fünf Prozentpunkte auf 29,3 gestiegen. Mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) der Befragten meint in 2011 „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“ 35,4 Prozent stimmen in 2011 der Aussage zu: „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“ und befürworten damit die Ungleichbehandlung und den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.
- b) **Relativ gleichbleibend:** Die Betonung von **Etabliertenvorrechten** hat in diesem Jahr nach einem sprunghaften Anstieg von 2009 auf 2010 wieder signifikant abgenommen und befindet sich aktuell auf einem niedrigeren Niveau als zum ersten Erhebungszeitpunkt. Auch die **Islamfeindlichkeit** ist nach einem signifikanten Anstieg von 2009 auf 2010 wieder deutlich zurückgegangen. In 2011 fühlen sich 30,2 Prozent „...durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. In 2010 waren dies noch 38,9 Prozent. Die Ansicht „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ teilen aktuell 54 Prozent der Befragten, während 2010 noch 64,7 Prozent diese Auffassung vertraten.
- c) **Relativ abnehmend:** In den letzten drei Erhebungsjahren haben sich **Antisemitismus**, **Homophobie** und **Sexismus** leicht abnehmend gezeigt. Ein Viertel der Befragten findet es in 2011 „...ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ Während dies in 2005 noch zehn Prozentpunkte mehr waren. „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ meinen derzeit 13 Prozent in der deutschen Bevölkerung, in 2002 stimmten der Aussage 21,6 Prozent zu.

### **Wichtige Anmerkung zu den folgenden Abbildungen:**

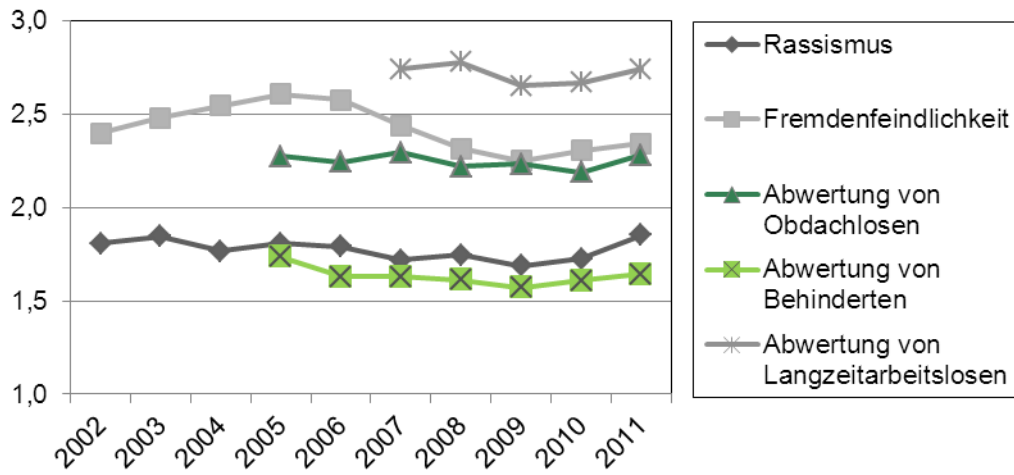
Nicht alle *augenscheinlichen Unterschiede* sind statistisch signifikante Unterschiede! Statistisch signifikante Unterschiede heben wir besonders hervor.

*Absolute Vergleiche* zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Antisemitismus ist insgesamt geringer als Islamfeindlichkeit, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

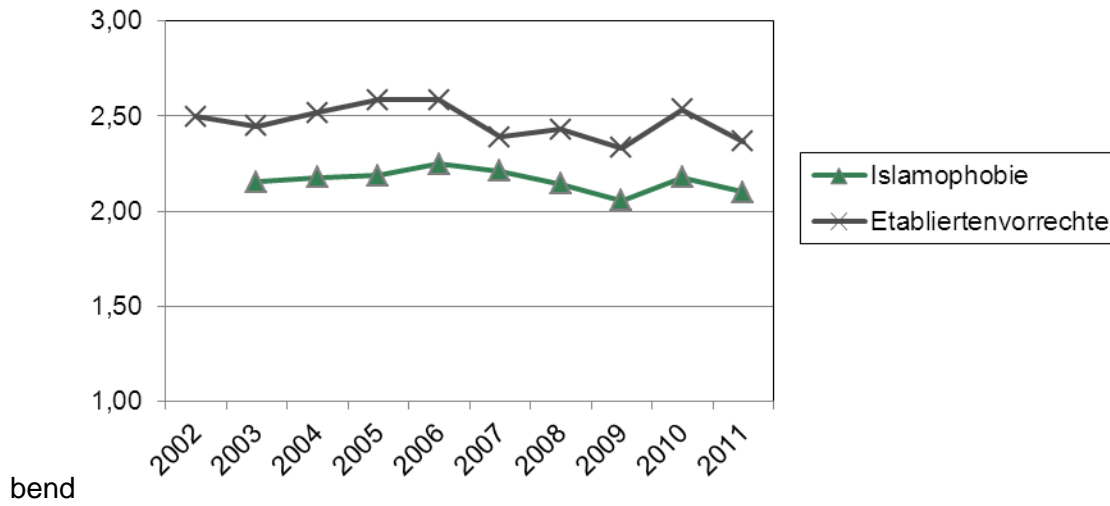
*Relative Vergleiche* hingegen, wie z.B. im Jahr 2002 wurde den antisemitischen Aussagen weniger zugestimmt als im Jahr 2009, sind möglich.



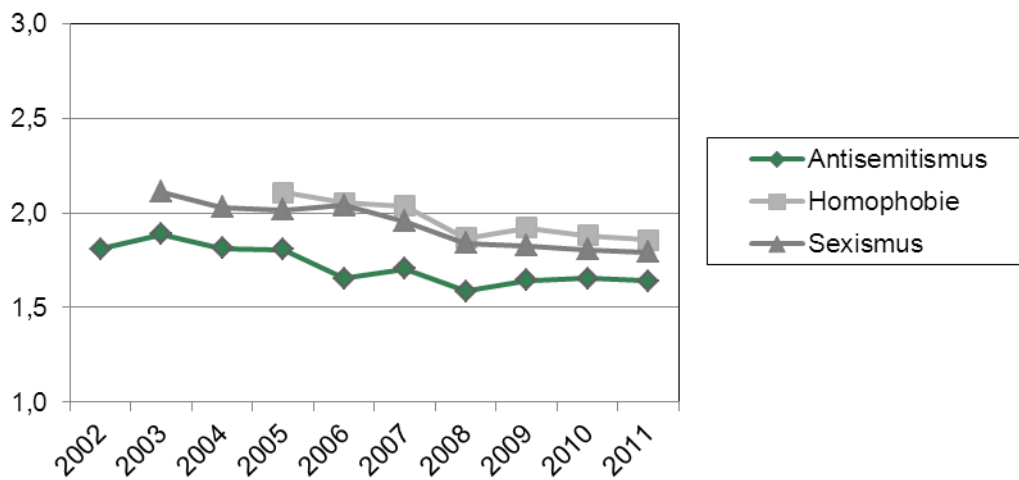
a) Wieder ansteigend



b) Relativ gleichbleibend



c) Relativ abnehmend



## 5. Gewaltbereitschaft in unterschiedlichen Altersgruppen

Beate Küpper / Andreas Zick

[beate.kuepper@uni-bielefeld.de](mailto:beate.kuepper@uni-bielefeld.de); 0512 93839470; [zick@uni-bielefeld.de](mailto:zick@uni-bielefeld.de); 0521 106 6917 / 01578 2981151

Auch wenn die jüngst bekannt gewordenen rechtsextremistischen Morde eine bis dahin nicht vorstellbare Dimension erreichen - Gewalt von Rechts ist keine Neuheit, sondern trauriger, bedrohlicher Alltag in vielen Regionen Deutschlands. Dass auch Mord öfter als offiziell zur Kenntnis genommen dazugehört, berichtet Frank Jansen in den diesjährigen Deutschen Zuständen.

Tatsächliche, realisierte Gewalt lässt sich nicht durch Umfragen erfassen. Wohl aber das Ausmaß, in dem Gewalt in der breiten Bevölkerung toleriert oder gar befürwortet wird.

Aus der **langjährigen Forschung über Einstellungen und Verhalten** ist bekannt, dass Einstellungen nicht 1:1 in Verhalten umgesetzt werden, Gewaltbefürwortung also nicht zwangsläufig und auch nicht unmittelbar zu ausgeübter Gewalt wird. Und es sind die Bedingungen bekannt, unter denen eine Person ihre Einstellungen mit größerer Wahrscheinlichkeit tatsächlich in Verhalten umsetzt: 1) Wenn andere Personen, die ihr wichtig sind, diese Einstellungen teilen und unterstützen. 2) Wenn Soziale Normen das Verhalten fordern bzw. nicht eindeutig missbilligen. 3) Wenn es die Möglichkeiten gibt, das Verhalten auszuüben bzw. das Verhalten nicht verhindert wird. 4) Am nächsten am Verhalten ist die Absicht, dieses auszuführen. Vor diesem Wissen gewinnt die Befürwortung von Gewalt eine bedrohliche Bedeutung.

**Gilt Gewalt in Deutschland als Option, die eigene Position zu verteidigen, die eigene Vormachtstellung abzusichern und die eigene Überlegenheit durchzusetzen?**

Im Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2011 haben wir, wie bereits in den vergangenen Jahren, nach der Billigung von Gewalt zur Absicherung der eigenen Vormachtstellung und der eigenen Bereitschaft zu Gewalt als „Verteidigung“ der eigenen Position gefragt.

**Zwischen knapp 10% und knapp 20% der befragten Deutschen billigen Gewalt bzw. sind selbst bereit, Gewalt zur Sicherung der eigenen Position auszuüben.**

(Skala: Ich stimme voll und ganz zu / eher zu / eher nicht zu / überhaupt nicht zu;

Hier: Prozent der Befragten, die einer Aussage *eher* bzw. *voll und ganz zustimmen*, 2011)

### **Gewaltbilligung zur Absicherung von Macht**

- Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden. 9%
- Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist. 19%

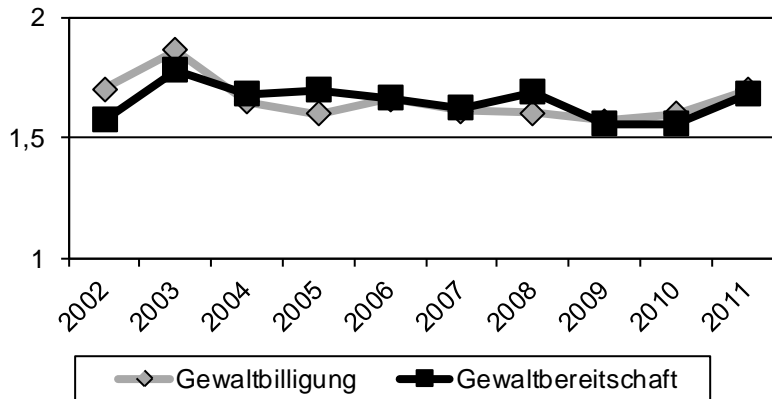
### **Gewaltbereitschaft zur „Verteidigung“**

- Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen. 11%
- Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt. 14%

### **Entwicklung**

**Das Gewaltpotential hat sich im Vergleich zu 2002 kaum geändert.** Nach einem leichten Absinken in den letzten Jahren zeichnet sich von **2010 auf 2011 ein erneuter leichter Anstieg** der Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft ab.

Abb. 1 Gewaltpotential (Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2002-2011)

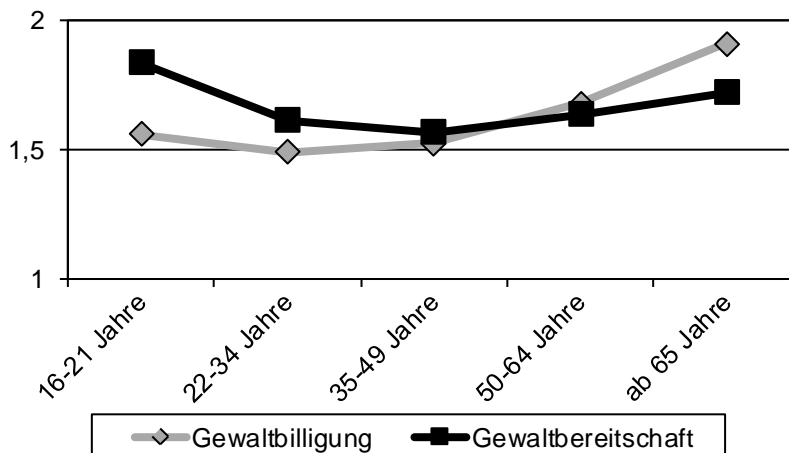


### Alter

Echte, physische Gewalt wird ganz überwiegend von Jüngeren, insbesondere jüngeren Männern v.a. mit niedriger Bildung verübt; das ist aus vielen Studien bekannt.

Auch in unseren Daten wird seit 2002 immer wieder und nahezu unverändert deutlich: **Jüngere sind eher zu Gewalt bereit.** Deutlich wird aber auch: **Gewalt zur Durchsetzung eines Vormachtanspruches wird noch mehr von den Älteren gebilligt.** erinnert man sich nun an die Erkenntnisse der Einstellungs-Verhaltensforschung, bedenkt man, dass Alt und Jung in engen Beziehungen zueinander stehen, wird daraus eine bedrohliche Dynamik.

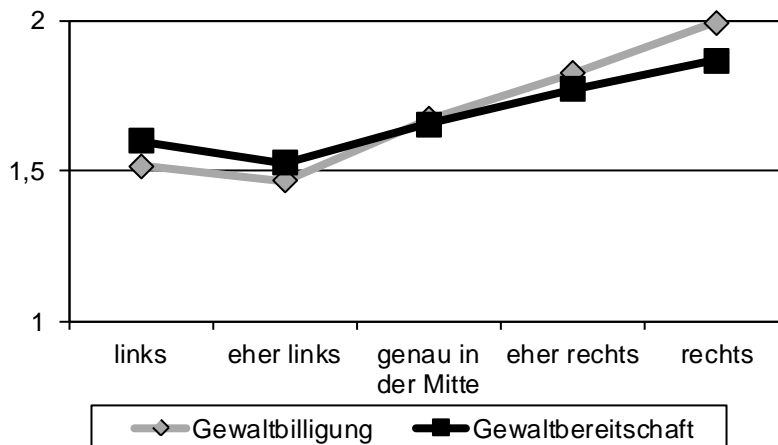
Abb. 2 Gewaltpotential der Altersgruppen (Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2002-2011)



### Links – Mitte – Rechts

**Das Potential für Gewalt ist im rechten politischen Spektrum deutlich höher.** Wer sich selbst politisch eher rechts oder ganz rechts einordnet, billigt Gewalt in größerem Ausmaß und ist auch selbst eher zu Gewalt bereit.

Abb. 3 Gewaltpotential nach politischer Orientierung (Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2002-2011)



### Eine unheilvolle Verbindung

Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft korrelieren miteinander – **wer Gewalt billigt, ist auch eher zu Gewalt bereit. Die Befürwortung von Gewalt hängt zudem signifikant mit GMF zusammen – das gilt für alle Elemente, nicht nur für die Fremdenfeindlichkeit!** (die Zusammenhänge sind moderat. Gewaltbilligung:  $r = .21-.39$ ; Gewaltbereitschaft:  $r = .19-.31$ ).

## 6. Wie demokratisch ist die Zivilgesellschaft? Rechtspopulistische Orientierungen und politisches Verhalten

Von Anna Klein

[anna.klein@uni-bielefeld.de](mailto:anna.klein@uni-bielefeld.de); 0521 106-3130

Als *rechtspopulistisches Potential* bezeichnen wir die Gruppe von Personen, die fremdenfeindlichen, antisemitischen, autoritären und islamfeindlichen Aussagen zustimmen. Nur Personen, die *allen* sechs Aussagen in Tab. 1 zustimmen, wurden dem rechtspopulistischen Potential zugerechnet.

Das rechtspopulistische Potential ist insgesamt seit dem Jahr 2003 kleiner geworden, nur bei der Aussage zur Islamfeindlichkeit zeigt sich kein Rückgang

Tab. 1: Zustimmung in Prozent zu Aussagen, die auf eine rechtspopulistische Orientierung schließen lassen (GMF-Survey 2003/2011)

	stimme eher/ voll und ganz zu	
	2003	2011
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.**	80,5	67,3
Verbrechen sollten härter bestraft werden.**	87,2	78,9
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.**	59,1	47,1
Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.**	51,0	44,7
Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.**	54,5	36,9
Durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31,0	30,2
<b>Zustimmung zu allen Aussagen (Rechtspopulistisches Potential)**</b>	<b>13,6</b>	<b>9,2</b>

Anmerkung: \*\* Unterschiede zwischen den Jahren sind signifikant bei  $p < ,01$ .

Allerdings beobachten wir gleichzeitig, dass das rechtspopulistische Potential weniger gut politisch integriert ist. So ist die politische Entfremdung bei rechtspopulistisch orientierten Personen gewachsen (Abb. 4). Gleichzeitig können die „Volksparteien“ (CDU und SPD) nur eine Minderheit des rechtspopulistischen Potentials an sich binden, gerade die Wahl der CDU wird für rechtspopulistisch orientierte Personen immer unwahrscheinlicher.

Abb. 4: Zustimmung (eher/voll und ganz) zu der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ in Prozent

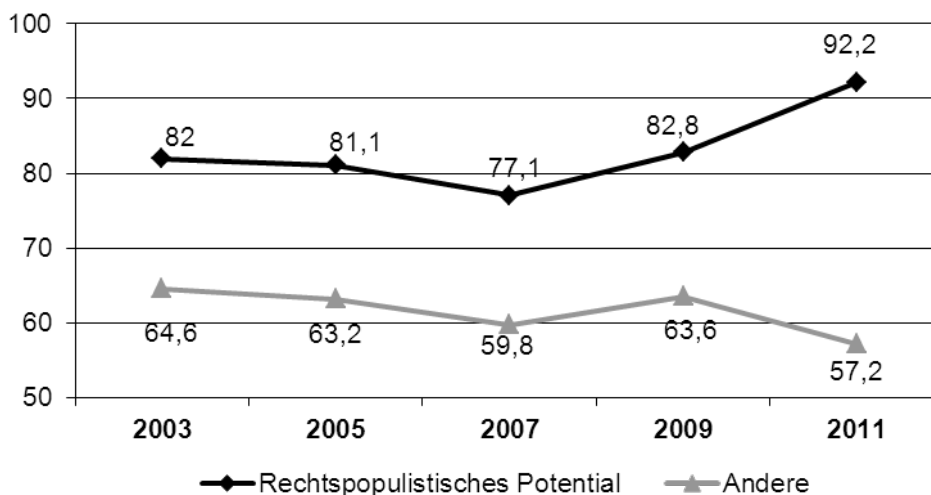
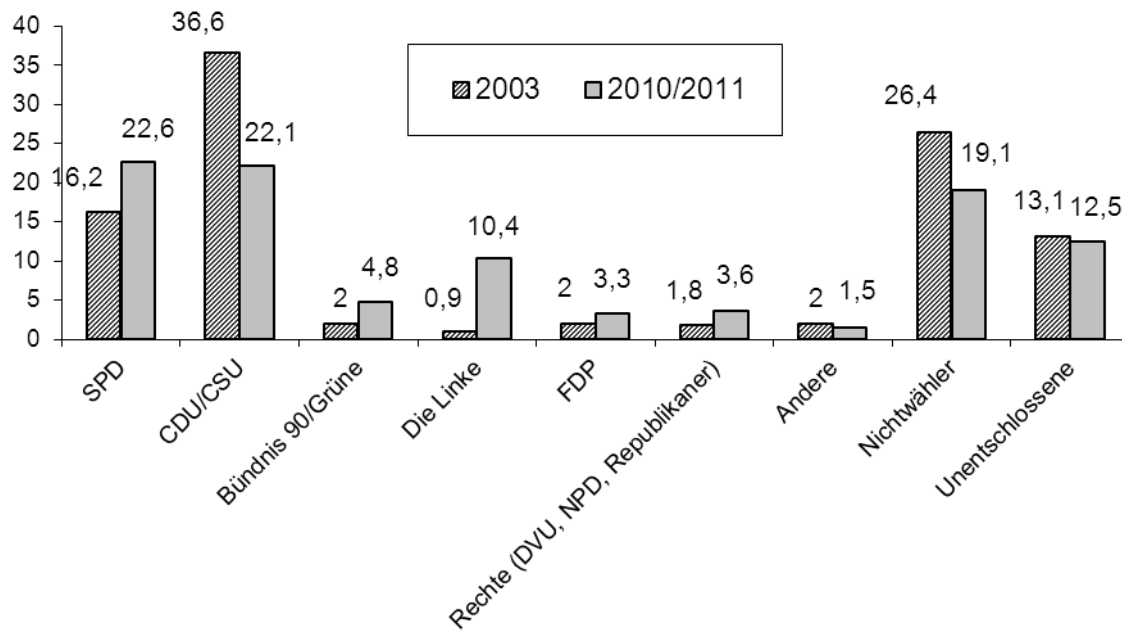


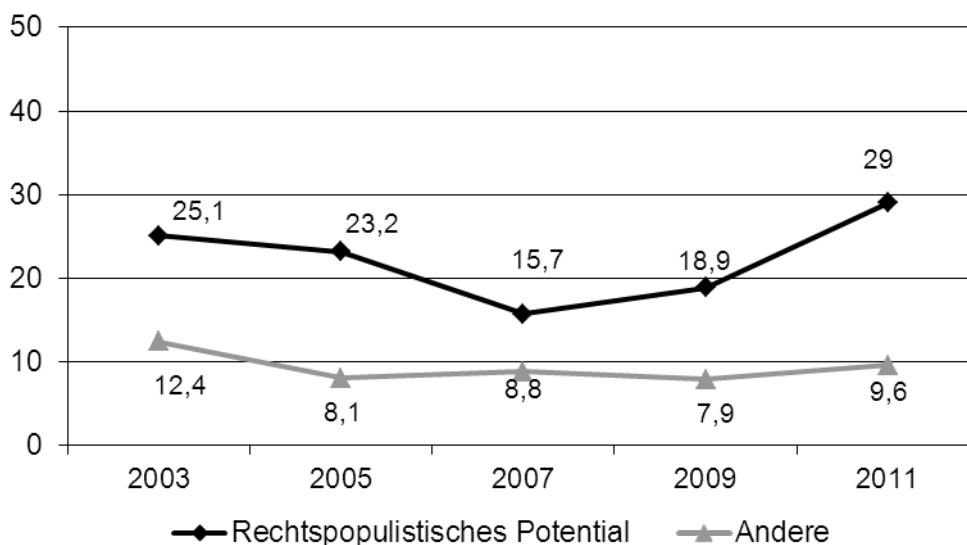
Abb. 5: Wahlintention des rechtspopulistischen Potentials (Survey 2003 und 2010/2011)



Zudem ist die Bereitschaft an Protestveranstaltungen wie Demonstrationen teilzunehmen in der Bevölkerung und insbesondere bei rechtspopulistisch orientierten Personen gewachsen. So hatten im Jahr 2009 noch lediglich 29,7 Prozent des rechtspopulistischen Potentials angegeben, eher/sehr wahrscheinlich an einer Demonstration teilnehmen zu wollen. Im Jahr 2011 geben dies 41,9 Prozent des rechtspopulistischen Potentials an. Auch in der Gesamtbevölkerung registrieren wir diesen Trend der gestiegenen Protestbereitschaft, hier ist der Anstieg jedoch geringer. Das rechtspopulistische Potential erweist sich also nicht mehr als politisch inaktiv, rechtspopulistische Personen sind im Jahr 2011 genauso oft bereit an Demonstrationen teilzunehmen wie andere Personen.

Schließlich finden wir beim rechtspopulistischen Potential auch eine hohe Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft. Diese ist in den letzten Jahren wieder gestiegen (Abb. 6).

Abb. 6: Gewaltbereitschaft des rechtspopulistischen Potentials, Zustimmung (eher/voll und ganz) zur Aussage „Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen“ in Prozent



**Zusammenfassend zeigt sich:**

**Das rechtspopulistische Potential ist kleiner geworden, ist aber gleichzeitig ein größeres Problem, weil:**

- die politische Entfremdung zunimmt,
- die parteipolitische Integration schwindet,
- die Protestbereitschaft wächst und
- die Gewaltbereitschaft steigt.

## **7. Zusammenhalt und Vielfalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Andreas Zick / Beate Küpper

[zick@uni-bielefeld.de](mailto:zick@uni-bielefeld.de); 01578-2981151 / [beate.kuepper@uni-bielefeld.de](mailto:beate.kuepper@uni-bielefeld.de); 0512 93839470

Was hält die Gesellschaft zusammen? Und wie viel Vielfalt verträgt sie? Das sind zwei große gesellschaftliche Fragen, die den deutschen Zustand prägen. Der Zusammenhalt kommt immer dann auf die Agenda, wenn Gefahren gesehen werden. Während die einen BürgerInnen den Zusammenhalt gefährdet sehen, vertrauen andere in die Kohäsion der Gemeinschaft. Die Frage der kulturellen Vielfalt prägt die Integrationsdebatte. Während die einen kulturelle Vielfalt als Bedrohung oder Belastung empfinden und meinen, Deutschland schaffe sich angesichts der Vielfalt ab, heißen andere das Ende einer homogenen »deutschen« Gesellschaft willkommen und sehen in der Multikulturalität die Zukunft.

Wir haben in der repräsentativen Umfrage 2011 die BürgerInnen gefragt, ob sie den Zusammenhalt gefährdet sehen und wie stark sie sich von Vielfalt bedroht fühlen:

Die Wahrnehmung einer Erosion des Zusammenhaltes ist weit geteilt.

Eine Ideologie der Bedrohung durch Vielfalt ist erstaunlich hoch. Dahinter steckt eine Ideologie einer homogenen Gesellschaft, die durch kulturell Andere bedroht wird.

### **Gefährdeter Zusammenhalt**

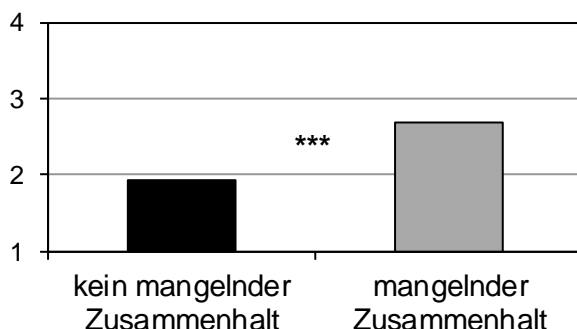
- Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet. 56%
- Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander. 74%

### **Bedrohende Vielfalt**

- Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen. 37%
- Deutschland wird in einem gefährlichen Maß überfremdet. 50%

Die Meinung eines gefährdeten Zusammenhaltes und die Ideologie einer Bedrohung durch Vielfalt gehen miteinander einher: Wer den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet sieht, fühlt sich zugleich signifikant stärker von kultureller Vielfalt bedroht.

*Abb. 7: Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2011*



Insgesamt 46 % der befragten Deutschen sehen den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet und sie sehen zugleich Vielfalt als Bedrohung!

Wer den Zusammenhalt in Deutschland nicht beklagt, stellt sich die Gesellschaft auch nicht homogen vor. Wer einen mangelnden Zusammenhalt feststellt, wünscht eher eine homogene Gesellschaft – Zusammenhalt ohne Vielfalt.

Tab. 2: Zusammenhalt ohne Vielfalt (GMF-Survey 2011, Prozentwerte)

	Zusammenhalt nicht <b>gefährdet</b>	Gefährdeter Zusammenhalt
Keine Bedrohung durch Vielfalt	18%	30%
<b>Bedrohung</b> durch Vielfalt	6%	<b>46%</b>

Was denken jene, die ihre Gemeinschaft als Gefährdung und von Vielfalt bedroht fühlen?

Gefährdung und Bedrohung gehen mit sogenannten Deprivationsgefühlen einher. Wer meint, seinen gerechten Anteil nicht zu bekommen, soziale Spaltungen wahrnimmt, soziale Beziehungen als instabil beurteilt, wenig soziale Unterstützung wahrnimmt und sich politisch machtlos fühlt, nimmt auch eher den Zusammenhalt als gefährdet wahr und folg einer Ideologie der kulturellen Bedrohung.

Gefühle der Exklusion, des Ausschlusses, der Vereinzelung und Desintegration gehen mit Verunsicherungen über den Zustand einher.

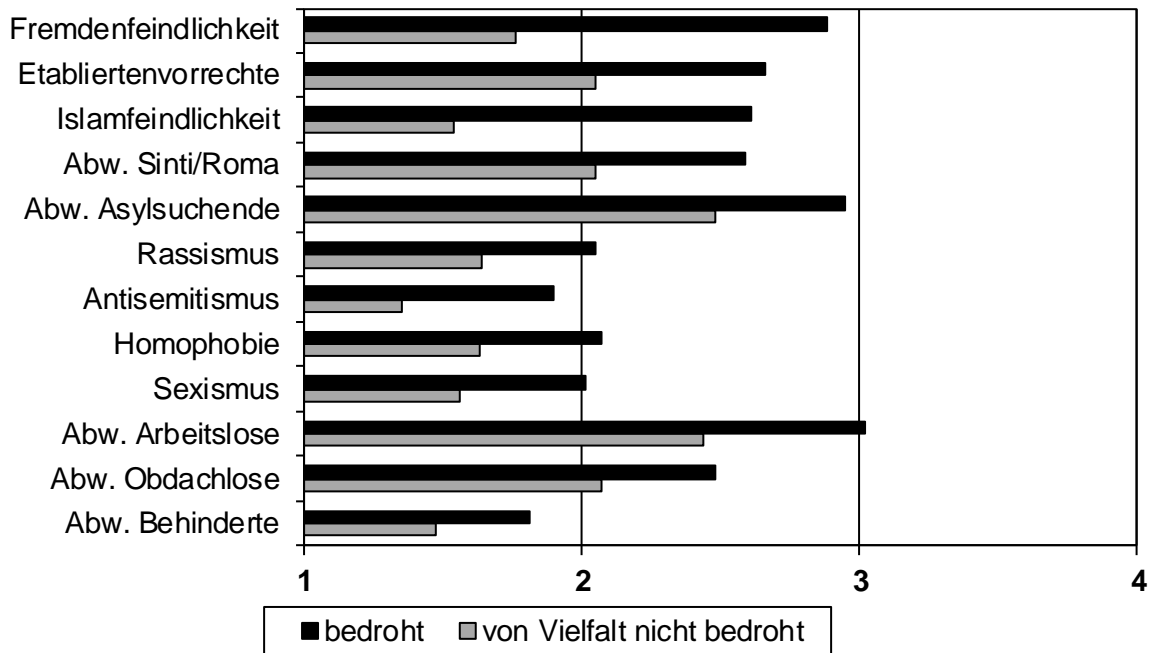
Tab. 3: Verunsicherungen (GMF-Survey 2011, Korrelationen)

	Gefährdeter Zusammenhalt	Bedrohung durch Vielfalt
Keinen gerechten Anteil	.26	.23
Soziale Spaltung	.44	.27
Soziale Beziehungen heutzutage instabiler	.54	.37
Zu wenig Unterstützung aus sozialem Umfeld	.33	.31
Politische Machtlosigkeit	.41	.47

Und das hat Konsequenzen für den Umgang mit jenen, die als ungleichwertig wahrgenommen werden. Die Gruppe derjenigen Befragten, die ihre Gemeinschaft von kulturell „Anderartigen“ bedroht sehen, hat bei allen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit signifikant höhere Werte. Die Bedrohung durch kulturelle Vielfalt erhöht auch die Abwertung von Gruppen, die traditionell nicht im Diskurs über kulturelle Diversität genannt werden: Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Behinderte und selbst Frauen werden negativer beurteilt von jenen, die Diversität ablehnen. Die Bedrohung durch Vielfalt verallgemeinert sich zur Ungleichwertigkeit aller Anderen.

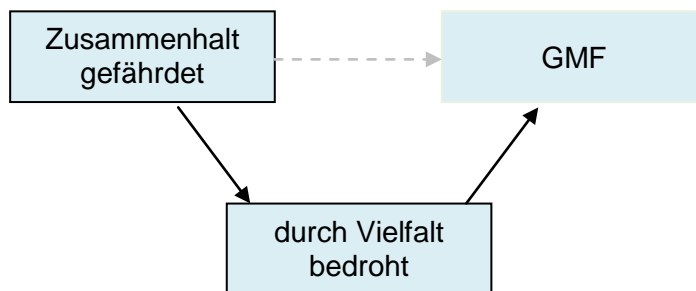


Abb. 8: Wer sich von Vielfalt bedroht fühlt, neigt eher zu GMF (Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2011)



Die Analyse der Zusammenhänge zwischen dem Zusammenhalt, der Vielfalt und der Abwertung von Gruppen zeigt eindeutig: Die Wahrnehmung eines erodierenden Zusammenhaltes der Gesellschaft erklärt nicht direkt die Abwertung von unterschiedlichen Gruppen. Ihr Einfluss auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hängt davon ab, ob sie mit einer Ideologie einer homogenen von fremden Kulturen bedrohten Gesellschaft einhergeht.

Abb. 9: Von der Gleichförmigkeit zur Ungleichwertigkeit (Mittelwerte, Skala 1-4, GMF-Survey 2011)



Was hält die Gesellschaft zusammen? Der Glaube, dass ihr Zusammenhalt gefährdet, oder gar von anderen Kulturen oder kulturellen Gruppen bedroht ist? Das wäre fatal, denn dann wir sie in Menschenfeindlichkeit münden, diese weiter anheizen und den Zusammenhalt einer multikulturellen Gesellschaft erst recht gefährden. Die Bedrohung durch die Anderen ist in Deutschland ein immer wieder kehrendes Argument zur Durchsetzung eigener Werte und Normen. Die Abwertung der Fremden dient zur Rechtfertigung des Zusammenhaltes einer homogenen Mehrheitsgesellschaft.

Anders herum gilt aber auch: Jene, die Vielfalt nicht als Bedrohung wahrnehmen werten Andere nicht ab, selbst dann, wenn sie am Zusammenhalt zweifeln. Eine Gesellschaft, die Gleichwertigkeit anstrebt und ihre Gruppen vor Vorurteilen und Diskriminierungen schützen möchte, sollte sich endgültig von der Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft verabschieden.

Erst die Ideologie der gleichförmigen Gesellschaft überführt die Bedrohung des Zusammenhaltes der Gesellschaft in die Ungleichwertigkeit.

## 8. Ein vorläufiges Fazit

Die Entwicklungen im zurückliegenden, einem entsicherten Jahrzehnt, sind in allen zentralen Lebenssphären erfahrbar.

- In der ökonomischen Sphäre scheint weiterhin eine Mentalität bei Besserverdienenden vorzuherrschen, die von der grundgesetzlichen Maxime, laut der Eigentum verpflichtet (etwa zur Verhinderung sozialer Desintegration), wenig wissen will und der sozialen Spaltung Vor-schub leistet. Zu den Kennzeichen des entsicherten Jahrzehnts gehören auch die Krisenstadien wie Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und jetzt Schuldenkrise und ihre Wahrnehmungen und Verarbeitungen durch die Menschen.
- In der politischen Sphäre gibt es mit der Wahrnehmung einer Demokratieentleerung, also von Vertrauensverlusten und einem Gefühl der Machtlosigkeit, ernste Warnsignale, da die Anfälligkeit für rechtspopulistische Mobilisierungen auffällig ist.
- In der sozialen Sphäre haben die Ökonomisierung des Sozialen und die Statusunsicherheit mit den verschiedenen Desintegrationsängsten und -erfahrungen eine Kernrelevanz für die steigenden Abwertungen der als »Nutzlose« und »Ineffiziente« deklarierten Gruppen, also von Hartz-IV-Empfängern und Langzeitarbeitslosen.
- In der religiösen Sphäre ist das friedliche und vom Ideal der Gleichwertigkeit geprägte Zusammenleben der Menschen unterschiedlichen Glaubens immer noch latent gefährdet. Immer weniger Menschen wollen in Gebieten mit vielen Moslems leben. Auch die verschiedenen Varianten des Antisemitismus geben Grund zur Sorge, wie der israelbezogene Antisemitismus.
- In der Sphäre der Lebensstile bleibt auch die Abwertung von Homosexuellen oder Obdachlosen auf der gesellschaftlichen Tagesordnung.

Zwar kann man Ende 2011 konstatieren, dass bislang keine Kumulation der Effekte der unterschiedlichen Krisen eingetreten ist, sondern dass diese zeitlich gestaffelt spürbar werden. Dies ist allerdings kein Grund zur Beruhigung, denn es konnte keine der Krisen gelöst werden, nirgends gelang die Rückkehr zum stabileren Status quo ante, die Krisen wurden und werden bestenfalls »prozessiert«. Zudem haben sich die krisenhaften Entwicklungen seit 2008 zeitlich massiv verdichtet, wobei die Schuldenkrise, die alle anderen Probleme überwölbt, da sie nicht länger lediglich einzelne Sektoren betrifft, in denen sie eingehegt werden könnte, diesen Zustand der Staffelung und des Prozessierens nun möglicherweise beendet. Unsicherheit, Richtungslosigkeit und Instabilität sind zur neuen Normalität geworden, die Nervosität scheint über alle sozialen Gruppen hinweg zu steigen. Wir erleben, wie sich ein neuer Standard etabliert: *volatility* so die New York Times. Eine explosive Situation als Dauerzustand.

Daher sollten wir der rohen Bürgerlichkeit (nicht zu verwechseln mit Bürgertum) weiterhin unsere Aufmerksamkeit widmen. Einer Bürgerlichkeit, die sich bei der Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert und somit die Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische wie physische Integrität antastbar macht und dabei zugleich einen Klassenkampf von oben inszeniert.

## 9. Details: Indikatoren zur Erfassung und Prozentwerte der Zustimmung

	2002	2010	2011	Signifikanz der Veränderung von 2002-2011	Signifikanz der Veränderung von 2010-2011
<b>Rassismus</b>					
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	22	19,1	22,2	***	***
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	16,4	11,3	12,8	n.s.	***
<b>Fremdenfeindlichkeit</b>					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	55,4	49,4	47,1	***	n.s.
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	27,7	24,4	29,3	n.s.	***
<b>Antisemitismus</b>					
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	21,6	16,4	13,0	***	n.s.
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	16,6	12,5	10,0	***	n.s.
<b>Etabliertenvorrechte</b>					
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	57,8	64,7	54,1	**	***
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	40,9	37,7	30,8	***	***
<b>Sexismus</b>					
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	29,4	20	18,5	***	n.s.
	<b>2005</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	Signifikanz der Veränderung von 2005-2011	
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	18,7	14	11,5	***	n.s.
	<b>2003</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	Signifikanz der Veränderung von 2003-2011	
<b>Islamophobie</b>					
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	26,5	26,1	22,6	***	n.s.
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31	38,9	30,2	n.s.	**
	<b>2005</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	Signifikanz der	

				Veränderung von 2005-2011	
<b>Homophobie</b>					
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	34,8	26,1	25,3	***	n.s.
Homosexualität ist unmoralisch.	16,6	16,3	15,8	n.s.	n.s.
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. (hier: Prozentsatz der Ablehnung)	40,5	25,3	21,1	***	**
<b>Obdachlosenabwertung</b>					
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	38,9	34,2	38,0	n.s.	**
Die meisten Obdachlosen sind arbeits-scheu.	22,8	28	30,4	***	**
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	35	31,2	35,4	*	**
<b>Behindertenabwertung</b>					
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	8,3	6,8	7,7	**	n.s.
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	15,2	8,6	11,3	***	**
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	7,5	6,2	4,2	***	n.s.
	<b>2007</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	Signifikanz der Veränderung von 2007-2011	
<b>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</b>					
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	49,3	47,3	52,7	n.s.	**
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	60,8	58,9	61,2	n.s.	n.s.

<b>Antiziganismus</b>	<b>2011</b>
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten	40,1
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden	27,7
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität	44,2
<b>Abwertung von Asylbewerbern</b>	
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	25,8
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden	46,7

\*\*\*: hoch signifikant auf dem 0,1%-Niveau; \*\*: signifikant auf dem 1%-Niveau; \*: signifikant auf dem 5%-Niveau

## **Das Forschungsteam**

### Bielefelder Team:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Tel.: 0521-1063164; [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de))

Prof. Dr. Andreas Zick (Tel.: 0521-1062442; [zick@uni-bielefeld.de](mailto:zick@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz., M.A. Eva Groß (Tel.: 0521-1063116; [eva\\_maria.gross@uni-bielefeld.de](mailto:eva_maria.gross@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Päd. Anna Klein (Tel.: 0521-1063131; [anna.klein@uni-bielefeld.de](mailto:anna.klein@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz. Daniela Krause (Tel.: 0521-1063116; [daniela.krause@uni-bielefeld.de](mailto:daniela.krause@uni-bielefeld.de))

Prof. Dr. Beate Küpper (Tel: 0512 93839470; [beate.kuepper@uni-bielefeld.de](mailto:beate.kuepper@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz. Sandra Legge

Apl. Prof. Dr. Jürgen Mansel ([juergen.mansel@uni-bielefeld.de](mailto:juergen.mansel@uni-bielefeld.de))

Dr. Dierk Borstel ([dierk.borstel@uni-bielefeld.de](mailto:dierk.borstel@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz. Andreas Grau ([andreas.grau@uni-bielefeld.de](mailto:andreas.grau@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz. Andreas Hövermann ([andreas.hoevermann@uni-bielefeld.de](mailto:andreas.hoevermann@uni-bielefeld.de))

Dipl.-Soz. Julia Marth ([julia.marth@ijcv.org](mailto:julia.marth@ijcv.org))

Dipl.-Psych. Hinna Wolf

### Kooperationspartner:

Prof. Dr. Steffen Kühnel (Universität Göttingen, Methodenzentrum)

Dr. Jürgen Leibold (Universität Göttingen, Methodenzentrum)

Prof. Dr. Jost Reinecke (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)

Prof. Dr. Peter Schmidt (Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaften)

Prof. Dr. Ulrich Wagner (Universität Marburg, Fachbereich Psychologie)